

waffenfreien Welt. Von dieser Perspektive endgültig Abschied zu nehmen, hieße deshalb, die Glaubwürdigkeit der kooperativen Nichtverbreitung nachhaltig zu untergraben. Nur die Restriktionen und Drohungen der Kernwaffenstaaten könnten die globale Proliferation dann noch aufhalten.

Doch die nukleare Nichtverbreitung hat nur dann eine Zukunft, wenn sie auf universelle Zustimmung stößt. Die gescheiterte NVV-Überprüfungskonferenz des Jahres 2005 erweist sich dabei als Menetekel: Die Vertragsstaaten konnten sich nach zähen Verhandlungen auf keinen inhaltlichen Konsens einigen, die Nichtverbreitungspolitik kam, trotz ihrer großen Bedeutung für den globalen Frieden, nicht voran. Vor allem die USA und Frankreich versuchten die Konferenz zu nutzen, um die fünf Jahre zuvor getätigten Abrüstungsversprechen vergessen zu machen und in den Abschlussdokumenten jeden Hinweis auf die „13 Schritte“ zu vermeiden. Ihre Intransigenz ließ die Nichtkernwaffenstaaten frustriert zurück – und mehrte die verdeckt oder offen geäußerte Sympathie für den nuklearen „Herausforderer“ Iran.

Der Eklat der Konferenz zeigte, wie instabil die neue Nuklearordnung ist. Vom Abdanken der Abrüstung zum weltweiten nuklearen Wettrüsten ist es

nur ein kleiner Schritt. Für die Zukunft der Nichtverbreitungspolitik ist es jedoch von essentieller Bedeutung, dass die Nuklearordnung die gleichen Rechte eines jeden Staates respektiert und dass die Kernwaffenstaaten davon ablassen, ihre Dominanz weiter auszubauen. Die politischen Schritte dazu sind längst festgeschrieben: Die USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und China müssen endlich Ernst machen mit ihrem Abrüstungsversprechen und die „13 Schritte“ zügig umsetzen. Das bedeutet unter anderem, das nukleare Teststoppabkommen in Kraft zu setzen und über einen „Cut off“ zu verhandeln, also über die Einstellung der Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial.

Für eine Verhandlungslösung, an deren Ende ein Verzicht Nordkoreas auf Kernwaffen steht, scheint es noch nicht zu spät zu sein. Und auch die neuen Atommächte Indien, Pakistan und Israel müssten in das NVV-Regime eingebunden werden. Gerade vor dem Hintergrund der Krise um den Iran muss die Diskussion über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen Osten wiederbelebt werden. Denn die wohl einzige Alternative dazu liegt auf der Hand: der endgültige Zusammenbruch des Nichtverbreitungssystems und ein neues nukleares Wettrennen von globalem Ausmaß.

Robert Misik

Österreich nach dem Schlüsselismus

Es war schon kurz vor elf Uhr nachts, im Festzelt hing ein Dunst aus Freude und Schweiß, aus Zigarettenschwaden und euphorischer Entrücktheit, da trat Alfred Gusenbauer noch einmal auf die Bühne, umringt von allen, die Rang und

Namen haben in der neuen und der alten Sozialdemokratie. „Heute ist ein Traum in Erfüllung gegangen“, rief der SPÖ-Parteichef in die Menge. „Die Arroganz wurde abgewählt“. Und so sangen die Genossen, was sie schon lange

nicht gesungen haben: die „Internationale“. Gewiss, es gibt frischere Lieder. Aber die eine Zeile, die konnten Gusenbauer und die Seinen nicht oft genug hören an diesem Abend: „...wir sind die stärkste der Parteien!“

Damit, schließlich, war nicht zu rechnen gewesen an diesem 1. Oktober 2006. Alle Umfragen hatten Wolfgang Schüssels „Volkspartei“ (ÖVP) stabil vorne gesehen, der Regierungschef selbst glaubte sich mit einem personalisierten Wohlfühlwahlkampf („Weil er's kann“; „Österreich bleibt besser“) locker ins Ziel bringen zu können. Für Alfred Gusenbauer an der Spitze der SPÖ dagegen war es das, was die Briten ein „uphill-battle“ nennen – ein aussichtsloser Kampf gegen Widrigkeiten aller Art. Spott und Häme gegenüber seiner hölzernen Art, seinem bulligen Äußeren und seiner gelegentlichen Instinktlosigkeit hatten den Oppositionsführer ohnehin während der vergangenen sechs Jahre wie ein Schatten begleitet. Als dann aber im Frühjahr der „Bawag“-Skandal ausbrach, schien der Herausforderer gänzlich chancenlos. Hatten doch SPÖ-nahe Banker die Einlagen der Gewerkschaftsbank Bawag in windigen Karibik-Geschäften verzockt: Praktisch das gesamte Vermögen der österreichischen Arbeiterbewegung – einige Milliarden Euro – wurden auf Heuschreckenart im Turbokapitalismus versenkt.

Die Regierung musste die insolvenzgefährdete Bank ausgerechnet am 1. Mai mit einer Staatshaftung vor dem Kollaps retten, eine Hilfsaktion, bei der es an Hinweisen auf „sozialistische Misswirtschaft“ erwartungsgemäß nicht mangelte – ganz zu schweigen von zynischen Anmerkungen, dass man nun ja wisse, was von linker Kritik am Kasino-kapitalismus zu halten sei. Gusenbauer seinerseits versuchte in Panik die noch intakten institutionellen Fäden zwischen Partei und Gewerkschaft zu kappen, um nicht mit in den Strudel gezogen zu werden und um Krisenlösungskompetenz zu signalisieren. Kaum jemand hätte in

diesen Tagen noch einen Cent auf seine Zukunft gegeben.

Aber vielleicht hat gerade die Aussichtslosigkeit seiner Lage Alfred Gusenbauer den Sieg beschert. Womöglich trat die gesamte Arroganz und Überheblichkeit der Konservativen erst ob ihrer ostentativen Siegesicherheit vollends zutage; womöglich erschien auch der bisher so glücklose SPÖ-Partei- und Regierungschef gerade in der Phase seines größten Unglücks den Wählerinnen und Wählern mit einemmal als einer, der über sich hinauszuwachsen fähig ist – als einer, der nicht aufgibt, der stehen bleibt, als ein Typ mit Kämpferherz, wie man im Boxen sagt und, ja, auch als einer, der mehr Pech hat, als gerecht ist.

Jedenfalls, während die ÖVP überraschend stark verlor, kam die SPÖ relativ unzerzaust davon – wengleich 35,7 Prozent gleichzeitig das zweitschlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit für die Sozialdemokratie darstellten. Und dennoch: Am Ende hatte die SPÖ die Nase vorne.

Das Ende des Schüssel-Experiments

Wie künftig regiert werden wird, steht allerdings noch in den Sternen. Eine große Koalition unter einem Kanzler Gusenbauer ist die wahrscheinlichste Variante. Eine Neuauflage der Schüssel-Regierung – diesmal als Paket des Grauens von ÖVP, der rechtsradikalen Kerntruppe FPÖ und der abgespaltenen „moderateren“ Haider-Partei BZÖ – ist freilich auch nicht vollends auszuschließen.

Doch wie unübersichtlich die Lage auch sein mag, eines steht fest: Die Wähler haben dem Schüssel-Experiment eine Absage erteilt, keine klare zwar, aber immerhin eine Absage. So ging überraschend und mit erstaunlich wenig Emotion zu Ende, was sechs Jahre davor als „Wende“ begonnen hatte, als eine Regierungsvariante, die Europa erbeben ließ, das Land und die EU in eine veritable Krise stürzte und in

Österreich selbst zu einer lange nicht gekannten Freisetzung politischer Energien führte. Die 14 EU-Partner verhängten symbolische Sanktionen. Knapp 300 000 Menschen demonstrierten am Höhepunkt der politischen Krise, im Winter 2000, gegen die Schüssel-Haider-Regierung am Wiener Heldenplatz.

Damals standen Haiders Freiheitliche mit 27 Prozent der Wählerstimmen an zweiter Stelle, die ÖVP lag ein paar Zehntelprozentpunkte dahinter auf Platz drei. Schüssel wollte aus der Zwangsehe der großen Koalition mit der SPÖ ausbrechen, die die FPÖ nur immer stärker gemacht hatte. Schüssels Heldentat, so seine Fürsprecher damals, bestünde darin, dass er die Rechtspopulisten einbinde, um sie zu zähmen. Und tatsächlich begann mit dem Regierungseintritt ein unübersehbarer Erosionsprozess der Rechtsnationalen – sie zerfielen intern in „konstruktive“ Regierungsbefürworter und „destruktive“ Oppositionelle, und der Zuspruch der Anti-Establishment-Wähler war ihnen auch nicht mehr sicher, sobald sie selbst in Amt und Pfründen saßen. Schüssels Politik, so der Wiener Philosoph Rudolf Burger damals, „war ein Segen für das Land“, er habe „das einzig Richtige in der Situation“ getan und sein Handeln habe „äußerst erfreuliche Konsequenzen gebracht“, nämlich „nicht nur das Stoppen, sondern tatsächlich das Zerbröseln der Haiderischen Bewegung“. Bald wurde so getan, als habe Schüssel, der mit der Haider-Partei koalierte, nichts anderes im Sinn gehabt als die Anti-Haider-Demonstranten: Haider zu schlagen und damit die Liberalität der Republik zu retten.

Tatsächlich jedoch geschah das Gegenteil, überzog die Schüssel-Regierung das gesamte Land mit ihrem schwarz-blauen Firnis. Deutschnationale Rabauken, denen anderswo kein anständiger Mensch die Hand geben würde, wurden hierzulande in hohe Staatsämter gehievt, alles, von der Sozialversicherung bis zum ORF, wurde

umgefärbt, die Ausländer- und Asylgesetzgebung wurden ins Unmenschliche verschärft, und das ganze Land erlebte ein 50er-Jahre-Revival. Im Regierungsalltag wurde cool rechts exekutiert, allerdings meist unter der Wahrnehmungsschwelle. Das Gift wurde in kleinen Dosen verabreicht. „Blender und Tatsachenverdreher“ haben sich im Staat ausgebreitet, Österreich ist eine „verluderte Republik“ geworden, konstatiert „Die Zeit“. Hans Rauscher, der einflussreichste Kolumnist der Alpenrepublik, schrieb schon vor Jahren: „Es wird dauern, das wieder halbwegs herauszukriegen.“

Das gilt für den Haiderismus, aber natürlich auch für den Schüsselismus. Schüssel hatte, schlau wie er ist, seinen Anteil an der Implosion der FPÖ – aber um den Preis, dass er ihre Haltungen majoritär machte und dass heute weniger Leute denn je etwas dabei finden, sich mit Naziverstehern, Anti-Ausländerhetzern und Politprüglern gemein zu machen. Am Ende scheiterte Schüssel gerade daran, dass sich sein Sieg über den Populismus als trügerisch kurzlebig und die angebliche Zähmung als schönes Märchen erwies. Die Haider-Truppe trennte sich nach einer pathologischen Ich-Spaltung in das siamesische Zwillingsspärchen Westentaler und Strache auf, von denen der eine dem BZÖ, der andere der FPÖ vorsteht. Der Radikalere der beiden, Heinz-Christian Strache, hat das Nachfolgerennen gewonnen und die FPÖ bei zehn Prozent stabilisiert. Nach sechs Jahren Populismus in der Regierung hat sich das Populismusproblem nicht etwa gelöst, sondern jetzt sitzen sogar zwei rechtsradikale Parteien im Parlament.

So ist das Wahlergebnis zunächst nur Anlass zu gemessener Freude und zwar zur Schadenfreude: Über den unverhofften Sturz des *petit grand homme*, des schmallippigen Kanzlers, der sich als begnadeter Taktiker und großer Stratege sah, dessen Überlegenheitsphantasien in umgekehrt proportiona-

lem Verhältnis zu seiner (politischen) Größe standen und der, in einem finalen Akt der Selbstüberschätzung, am Ende sogar glaubte, er sei populär; der der Kreisky der Rechten werden, also eine Ära prägen wollte. Er ist jetzt nach sechs Jahren verjagt worden, weshalb es wohl nur zu einer Fußnote in den Geschichtsbüchern reichen wird.

Das Vertrackte ist nur, dass nicht wirklich eine andere Konstellation gewählt wurde. Mit knapp einem Prozent Vorsprung liegt die SPÖ nicht gerade komfortabel vorn. Sie steht vor der Herkulesaufgabe, mit einem neuen Aufbruchgeist die niederen Instinkte aus den Ministerien verscheuchen zu müssen – während ihr tatsächlicher Spielraum denkbar gering ist. Die ÖVP ist vielleicht geschlagen; um ihr Erpressungspotential ist sie jedoch nicht gebracht.

Was kann Gusenbauer?

Alfred Gusenbauer, den man schon am Ende wähte, ist jetzt einen Schritt weiter: am Anfang. An diesem Punkt stand er schon mehrmals, zuletzt vor sechs Jahren. Nachdem Viktor Klima mit seinen Leuten die Partei 1999 an die Wand gefahren hatte, entschieden sich die Präsidialen der SPÖ, um einen Showdown zwischen den Parteiflügeln zu vermeiden, zum radikalen Generationswechsel – und für Gusenbauer. Der hatte es da gerade in einem kometenhaften Aufstieg innerhalb weniger Monate vom einfachen Parlamentshinterbänkler zum Bundesgeschäftsführer gebracht. Trotzdem war es keineswegs logisch, dass die Wahl im Jahr 2000 auf ihn fiel. Denn Gusenbauer, der sich nach seiner Zeit als Juso-Vorsitzender vor allem in der Sozialistischen Internationale getummelt hatte – mit 29 Jahren wurde er einer der Stellvertreter von Willy Brandt als SI-Präsident –, war daheim eher unauffällig geblieben. Er werkelte jahrelang als einfacher Referent in der Arbeiterkammer, der ständi-

schens Interessensorganisation der abhängig Beschäftigten, war Landtags-, dann Bundesratsabgeordneter, zog 1993 in den Nationalrat ein – ohne dabei allzu viele Spuren zu hinterlassen. Kein Wunder, schließlich interessierte sich Gusenbauer vor allem für jene Dinge, für die sich auch in Österreich ansonsten kaum jemand interessiert: für die neuesten Theoreme der internationalen Sozialwissenschaft, für Programmatisches, für Europa, für die internationale Politik. Erst als er 1999 in der niederösterreichischen Provinz einen furiosen Wahlkampf führte, sich „Red Fred“ nannte, durch die Landdiskos tingelte und damit auch noch Erfolg hatte, dämmerte es den Parteioberen, dass es sich bei dem alternden Berufsjugendlichen vielleicht doch um ein politisches Talent handeln könnte. Noch im Herbst wurde er niederösterreichischer SP-Landesgeschäftsführer, im Winter Bundesgeschäftsführer, im Frühling Parteivorsitzender. Quattro Stagioni auf SPÖ-Art.

Allein: Es wurde lang kein Sommer draus. Erst übernahm er eine Partei, die praktisch am Ende, personell ausgezehrt, finanziell fast ruiniert, war. Dann machte „Gusi“, wie der Parteichef seit Menschengedenken bei Freund und Feind heißt, selten eine gute Figur, und „Gusi“-Witze wurden geradezu zum Standard.

Wenn die Partei Erfolge einfuhr – wie etwa in Salzburg und der Steiermark, wo jahrzehntelang schwarze Bundesländer „umgedreht“ wurden –, wurden diese Erfolge „trotz“ Gusi erlungen, wenn es Rückschläge setzte, dann war nur er daran schuld. Der schlimmste, und gewiss nicht völlig realitätsferne, Vorwurf lautete: Er sei beratungsresistent und unerschütterlich von den eigenen Fähigkeiten überzeugt, während die doch, für jeden sichtbar, recht begrenzt seien. Kurzum: Hätte sich jemand gemeldet, der Gusenbauers Job hätte haben wollen, das Durchhalten wäre ihm wohl nicht gestattet worden.

Es ist die Ironie der Geschichte, dass all das jetzt schon von hinten her erzählt wird, vom Erfolg her, nicht vom Scheitern: Schon werden aus Unerschütterlichkeit und Beratungsresistenz Geradlinigkeit und Durchhaltevermögen, wird aus der Untugend also eine Tugend, die mit dem Sieg belohnt wurde. Der Erfolg taucht alles in sein eigenes Licht. Dabei ist heute noch nicht einmal sicher, ob Gusenbauer den Einzug ins Kanzleramt schaffen wird. Sollte es aber tatsächlich zu einer großen Koalition kommen, besteht seine große Aufgabe darin, die Volkspartei wieder in die zivilisatorische Mitte zu locken, in die eine moderne Christdemokratie eigentlich gehört, und gleichzeitig das neuerliche Wuchern des rechtspopulistischen Karzinoms zu bremsen.

Der SPÖ-Vorsitzende hat bereits das *Branding* seiner Kanzlerschaft ausgegeben: „Ich will ein Volkskanzler sein“, proklamierte er in mehreren Interviews. Tatsächlich ist das wohl die größte Herausforderung, aber auch die größte Chance, vor der er steht: die neuen Unterschichten, die sich von „der Politik“ im Allgemeinen und von dem elitistischen Zug sozialliberaler Politik im Besonderen kaum mehr repräsentiert fühlen, wieder in den demokratischen Prozess zu integrieren.

Ein garantiertes Grundeinkommen von 800 Euro hat Gusenbauer schon

zum zentralen Ziel seiner Kanzlerschaft erklärt – und zwar erst nach der Wahl, nicht als Wahlzuckerl vorher, was darauf hindeutet, dass er es wirklich ernst damit meint. Und dass er die neue soziale Frage verstanden hat.

Mindestens ebenso wichtig wie solch neue praktische Politik ist aber eine Wende auf dem Feld des Symbolischen. Ein sozialdemokratischer Volkskanzler, das müsste einer sein, der den einfachen Leuten wieder das Gefühl gibt, dass sich die Politik um sie kümmert, und der gleichzeitig nach sechs bleiernen schwarz-blauen Jahren die Fenster wieder weit aufstößt – eine Art Sozialliberaler mit Bodenhaftung. Und dazu bräuchte es eine Christdemokratie, die zu so etwas wie Vergangenheitsbewältigung – einer Art „Entschüsselisierung“ – bereit wäre.

Noch allerdings ist sie davon weit entfernt, wie ÖVP-Generalsekretär Reinhold Lopatka prompt demonstrierte, als er die Wahlniederlage zum Ergebnis einer „US-israelischen Schmutzkübelkampagne“ deklarierte – weil die SPÖ den jüdischen New Yorker Spin Doctor Stanley Greenberg an ihrer Seite hatte. Schon da zeigte sich: Nach dem kleinen Wahlwunder vom 1. Oktober herrscht Bedarf nach weiteren, weit größeren Mirakeln, um Österreich tatsächlich den Haiderismus-Schüsselismus auszutreiben.

Matthias Eickhoff

Ungarn: Von Lüge und Spaltung

Eigentlich sollte der 50. Jahrestag des Beginns des ungarischen Volksaufstands am 23. Oktober 1956 ein großer Feiertag werden. Doch ein halbes Jahrhundert danach zeigt sich das Land po-

litisch und gesellschaftlich gespalten wie nie zuvor.

Seit Mitte September wird vor dem Parlament in Budapest regelmäßig gegen die seit 2002 amtierende soziallibe-